

Jahrelanger Rechtsstreit beendet

Bei einem Streit um Strompreise unterliegt die CKW nach neun Jahren vor dem Bundesgericht.

Manuel Bühlmann

Eine Rechnung beschäftigt die Gerichte. Und das seit Jahren. Rund 46 000 Franken verlangt die Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW) von der Von Roll Casting AG – Konzessionsabgaben für die Zeit vom August 2009 bis zum Oktober 2010. Damals bezog die Von Roll den Strom für den Betrieb ihrer Giesserei in Emmenbrücke von der CKW. Weil die Rechnung unbeglichen blieb, klagte die Energieproduzentin beim Bezirksgericht Luzern. Das war vor neun Jahren. Erst jetzt findet der Rechtsstreit ein Ende, im dritten Anlauf vor dem Bundesgericht.

Zuletzt hatten die obersten Richter im Mai 2018 ein Urteil des Luzerner Kantonsgerichts aufgehoben und einen neuen Entscheid verlangt. Dieser Aufforderung kam die kantonale Instanz nach: Sie verpflichtete die Von Roll, zumindest einen Teil des geforderten Betrags zu zahlen, rund 37 000 Franken. Damit gab sich die CKW nicht zufrieden, vor Bundesgericht fordert sie auch die restlichen rund 9000 Franken.

Suche nach dem Willen der Parteien

Umstritten ist, ob die CKW die Konzessionsabgaben, die der Gemeinde Emmen zustehen, der Von Roll als Strombezüglerin verrechnen darf. Für den an-



Der CKW-Standort in Emmen.

Bild: Urs Flüeler/Keystone (24. Januar 2020)

hand der Einnahmen aus der Netznutzung berechneten Teil lautet die Antwort Ja, wie das Bundesgericht bereits in seinem zweiten Urteil festgestellt hatte. Gestützt auf das Stromversorgungsgesetz sei dies möglich. Hingegen gelte das nicht für die aufgrund der Stromlieferung bemessenen Abgaben.

Die entscheidende Frage, die es noch zu klären galt, lautete daher, ob die CKW letzteren Teil – in der Höhe von rund 9000 Franken – stattdessen ba-

sierend auf vertraglichen Abmachungen einfordern kann.

Im Zentrum steht dabei eine Übergangsvereinbarung zwischen den beiden Parteien aus dem Jahr 2009. Die CKW hält den Punkt der Konzessionsabgabe in diesem Dokument für klar geregelt. Die Von Roll entgegnet, dieser Aspekt sei in der besagten Vereinbarung gar nicht enthalten. Das Bundesgericht urteilt mit Blick auf die strittige Passage: Der Wortlaut sei unklar. Eindeutige Rückschlüsse

auf den tatsächlichen Willen der Parteien liessen sich daraus nicht ziehen, befinden die beiden Richter und die Richterin. Und auch ein mutmasslicher Parteiwille sei nicht genau zu ermitteln. «Folglich kann nach Treu und Glauben kein objektiv massgebender Vertragsinhalt festgestellt werden.»

Giesserei hat Überweisung zu Recht verweigert

Das Bundesgericht bestätigt das vorinstanzliche Urteil und

So kommt der Preis des Stroms zu Stande

Der Strompreis besteht aus drei Komponenten, wie es beim Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen heisst. So zahlen die Konsumenten für die gelieferte elektrische Energie. Dabei handelt es sich um den Energietarif.

Weiter gibt es den Netznutzungstarif. Damit werden die Kosten für den Bau, Betrieb und Unterhalt der Netze überwält. Hinzu kommen ausserdem Abgaben ans Gemeinwesen und die Förderung erneuerbarer Energien. Dazu gehören zum Beispiel die Konzessionsabgaben. Die Höhe dieser Abgabe richtet sich laut der CKW AG nach dem entsprechenden Konzessionsvertrag mit der Gemeinde. (rt)

weist die Beschwerde der CKW ab. Die Giesserei Von Roll hat demnach die Überweisung des gesetzlich nicht geschuldeten, anhand der Stromlieferung bemessenen Teils der Konzessionsabgabe zu Recht verweigert. Die Zentralschweizer Energieproduzentin muss sich mit den rund 37000 Franken begnügen.

Hinweis

Bundesgerichtsurteil 2C_169/2020 vom 9. Juli 2020.

ZHB-Direktor tritt zurück

Zentral- und Hochschulbibliothek Wie der Kanton Luzern mitteilt, tritt **Rudolf Mumenthaler** (Bild) als Direktor der ZHB zurück. Mumenthaler hat sein Amt im August 2017 angetreten. In seiner Zeit als Direktor übersah er die Neueröffnung der ZHB nach der Sanierung und gestaltete das überregionale Projekt der «Swiss Library Service Platform» mit.



Anfang 2021 verlässt Mumenthaler die ZHB und wird künftig als Direktor der neu geschaffenen Universitätsbibliothek Zürich tätig sein. Die frei werdende Stelle wird demnächst ausgeschrieben. (pjm)

Neuer Leiter Gymnasialbildung

Dienststelle Wie der Kanton Luzern mitteilt, übernimmt **Simon Dörig** (Bild) ab Februar 2021 die Leitung der Dienststelle Gymnasialbildung. Damit



tritt er die Nachfolge von Aldo Magno an, der die Leitung der Dienststelle Volksschulbildung übernimmt. Der aus Appenzell stammende Dörig war zuletzt Schulleiter der Schweizerschule Bangkok, deren Patronat der Kanton Luzern innehat. (pjm)

Gastbeitrag zur Stadtentwicklung

Status quo als verpasste Chance

Die Menschheit erscheint krisenerprobt. Erstaunlich wie schnell wir uns an die Massnahmen im Zuge der Covid-19-Pandemie gewöhnt haben und jetzt, nach Beendigung des Lockdowns, den Schalter möglichst schnell auf Normalbetrieb umlegen wollen. Als wäre die Covid-19-Pandemie nur eine kurze Episode, von der man später seinen Enkelkindern erzählen kann. Aber sicher nicht ein Anlass, um den bisherigen Lebensalltag zu reflektieren oder gar zu verändern. Getreu dem Motto: «Das erste Opfer der Krise war das

langfristige Denken.» Ein schnelles Zurück zum Status quo ist jedoch eine verpasste Chance. Leugnet es doch den dringenden Handlungsbedarf für den Umbau hin zu einer postfossilen Gesellschaft.

Das Klima erwärmt sich unvermindert, die soziale Ungerechtigkeit in der Welt wird dadurch noch weiter zunehmen. Neben Kriegen und Unruhen kommen nun noch vermehrt klimatische Bedingungen wie Dürre und Überschwemmungen hinzu, die für immer mehr Menschen

ein würdevolles Leben in der Heimat verunmöglichen.

Vergessen wir nicht: Die Coronakrise wie auch der Klimawandel sind beides zu lösende «Menschheitsaufgaben». Sie gefährden unseren Lebensalltag und geben Hinweise auf die Verletzlichkeit unserer Systeme. Trotz aller Unterschiede dieser beiden globalen Krisen gibt es doch viele Parallelen. Beides sind globale, nur schwer fassbare Bedrohungen, bei beiden geht es um die Gesundheit und eine intakte Umwelt als öffentliches Gut. Massnah-

men, Strategien und Prozesse, die im Zuge der Coronakämpfung verordnet und erprobt werden, liefern wichtige Denkanstösse und Erfahrungen für die Gestaltung einer künftig postfossilen Welt und einer klimagerechten Stadt.



Stadtentwicklung

Anfangen von Frischluftschneisen und Grünzonen, über Wohnungen, die vielfältig genutzt werden können, bis hin zu Quartieren, die ein nachbarschaftliches Handeln fördern. Wir können uns dem klimagerechten Umbau der Stadt nicht entziehen, denn es geht um Leben und Tod. Laut einer Studie der Universität Bern sterben in einer Hitznacht in Paris 200 Menschen. Zahlen, die selbst bei Corona nicht erreicht wurden und die uns Planenden in die Verantwortung nehmen. Solidarisches Handeln ist angesagt.

Solidarität ist zurzeit ein häufig gebrauchtes und strapaziertes Wort und ihre Prämissen sind weitgehend unklar. Denn nicht nur Risikogruppen, Ladenbesitzer und Künstlerinnen erfahren Solidarität, nein es fließen viele finanzielle Mittel in die Unterstützung von kränkenden Branchen, die wenig Bereitschaft erkennen lassen, ihren Beitrag zum Schutz des Klimas zu leisten. Solidarität stösst hier an ihre Grenzen. So kann es meiner Meinung nach nicht sein, dass der deutsche Staat mit 9 Milliarden die Lufthansa unterstützt, aber kein Mitspracherecht haben soll. Was wäre, wenn Unterstützungsleistungen, analog dem kanadischen Modell, mit direkten Forderungen zur postfossilen Transformation verknüpft sind? Dann wäre die Solidarität eine echte Investition in die Zukunft. Die Solidaritätsbereitschaft der Gesellschaft und der Politik gilt es zu nutzen.

Die Zeit ist gekommen, den Schalter auf «vorwärts» und nicht auf «zurück» zu stellen. Aber ich höre sie schon wieder: Die Klimaleugner, die alle Zahlen der Wissenschaft in Frage stellen und sich über die Klimajugend lustig machen.

Die immer noch nicht begriffen haben, dass es kein Zurück auf dem Weg hin zu einer postfossilen Gesellschaft gibt. Das ist die wahre Risikogruppe, weil sie notwendige Entwicklungen behindert und künftige Generationen ihrer Zukunft beraubt. Solidarisch handeln heisst, den künftigen Generationen die Zukunft offenzuhalten. Wer jedoch das Rad der Geschichte zurückdrehen will, wird selbst unter die Räder kommen. Oder um mit den Worten von Charles Darwin zu sprechen: Es sind weder die Stärksten der Art, die überleben, noch die Intelligentesten, sondern die, die sich am besten auf Veränderung einstellen.



Peter Schwehr
kanton@luzernerzeitung.ch

Hinweis

Prof. Dr. Peter Schwehr ist Leiter des Kompetenzzentrums Typologie & Planung in Architektur der Hochschule Luzern, Departement Technik & Architektur.

ANZEIGE

Ideen zur optimalen Raumnutzung

Ordnung ist das halbe Leben!

Besuchen Sie unsere Ausstellung, oder wir beraten Sie gerne bei Ihnen zu Hause!

Staldenhof 1a
6014 Luzern/Littau
Telefon
041 340 58 00

www.schrankspezialist.ch

Lebens-Freude pur!

seit 2003

Markus Kathriner
Geschäftsleitung